



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postzeitung 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Wochen vom 6. bis 12. und 13. bis 19. Oktober 1918 sind die Beitragsmarken in die mit 41 resp. 42 bezeldneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Wichtig! Vom Militärdienst zur Arbeit beurlaubte und reklamierte Kollegen müssen sich unter allen Umständen innerhalb 14 Tagen bei ihren Verwaltungen melden.

Wird das versäumt, gehen eventuell früher erworbene Rechte verloren.

Ebenso haben sich die vom Militär entlassenen Kollegen sofort zu melden.

Dem Beschluß des Außerordentlichen Verbandstages entsprechend, erscheint die „Solidarität“ von dieser Nummer an bis auf weiteres vierzehntägig Sonnabends.

Der Verbandsvorstand
i. A.: E. Bucher, 2. Vorsitzender.

Kriegsnotwendigkeiten.

Wiederholt hat unser Verband während der Kriegszeit zu Maßnahmen greifen müssen, die auch ihm das Durchhalten ermöglichen und erleichtern sollten. Die statutarischen Bestimmungen mußten den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden, um möglichst allen Anforderungen, die besonders an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes gestellt wurden, gerecht werden zu können. In dieser Beziehung hat auch der letzte außerordentliche Verbandstag zu wirken gehabt. Die Reform des Beitrags- und Unterstützungsverwehens fand eine allseits befriedigende Lösung und es läßt sich mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß die gefaßten Beschlüsse unsere Massenverhältnisse auch für die Zukunft so gestalten werden, daß der Verband nach jeder Richtung hin seine Aufgaben lösen kann. Zu den Beschlüssen des Verbandstages, die mit Beginn dieses Quartals durchgeführt sein müssen, resp. in Kraft treten, gehört auch der, die Erscheinungsweise unseres Verbandsorgans betreffend. Die „Solidarität“ wird von jetzt ab bis auf weiteres nicht mehr wöchentlich, sondern vierzehntägig erscheinen. Wir haben hier nicht die Aufgabe, zu untersuchen, ob dieser Beschluß gerade ein glücklicher war, sondern haben mit der gegebenen Tatsache uns abzufinden. Das Für und Wider wurde am Verbandstage ausgiebig erörtert, worüber das in den nächsten Tagen erscheinende stenographische Protokoll den Mitgliedern Aufschluß gibt. Wir wollen aber, um nicht zu anders gearteten Deutungen Anlaß zu geben, feststellen, daß der Verbandstag die Einschränkung in der Erscheinungsweise der Zeitung lediglich aus Sparmaßregeln runden beschlossen hat. Nicht etwa, weil es dem Verband an Mitteln fehlt, die bisherige Form aufrecht zu erhalten, sondern weil die fortgesetzte Wertenerkung der Druckkosten den Etat steigend in

unverhältnismäßiger Weise belasten würde und nach der Meinung der Verbandsstagsmehrheit, diese Mehrbelastung zumungunsten anderer Organisationsbedürfnisse in die Waagschale fallen würde. In dem Meinungsstreit über die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme hat es natürlich nicht an Gegenstimmen gefehlt, die daran zweifelten, daß die Sparmaßregeln hierfür am rechten Orte angewendet sind und die die Bedeutung der Presse für die Verschönerung der Interessen unserer Mitglieder höher stellen, als die Einsparung eines Teiles der hierfür notwendigen Kosten. Da aber diese Meinungsverschiedenheit nunmehr entschieden ist, müssen wir der veränderten Situation Rechnung tragen und versuchen, auch mit einer vierzehntägig erscheinenden Zeitung unser Auskommen zu finden. Wie immer in dieser Zeit, werden wir auch dieser Kriegsmaßnahme die beste und praktischste Seite abzugewinnen suchen und das Verbandsorgan sowohl in seiner Eigenschaft als Verständigungsmittel und als Bindeglied unter den Verbandsmitgliebrern, als auch als Vertretung der Interessen der Kollegenschaft nach außen hin, auf das kräftigste wirken lassen. Das darf aber nicht nur der Wille der Verbandsleitung bleiben, sondern hierbei müssen auch alle dazu berufenen Kreise, besonders aber unsere Verbandsfunktionäre, allervors beizutragen. Soll neben dem herbeigeführten finanziellen Nutzen, den die auf die Hälfte reduzierte Erscheinungsweise des Blattes sicher nach sich ziehen wird, nicht auch auf der anderen Seite Schaden entstehen, dann wird es notwendig sein, daß das Interesse an der Verbandszeitung sich weit mehr als bisher aktiv betätigt. Zur Mitarbeit sind alle Verbandsmitgliebrer, besonders aber die Auserwählten unter ihnen, ihre Leiter und Vertrauensmänner in den Gauen und Zahlstellen, berufen und auch verpflichtet. Sorgen wir also gemeinschaftlich dafür, daß unser Verbandsorgan auf der Höhe bleibt.

Außer den Kriegsnotwendigkeiten, die vom Verbandstag und vor diesem von den Gauleiterkonferenzen und dem Verbandsvorstand beschlossen und durchgeführt wurden, sind es aber noch eine Reihe anderer, die nicht so ohne weiteres durch Beschlüsse ihre Erledigung finden können und trotzdem durchgeführt werden müssen. Die Latation war zu jeder Zeit einer der wichtigsten Bestandteile unserer Gewerkschaftsarbeit. In der Kriegszeit ist ihre Bedeutung noch mehr in den Vordergrund geschoben worden. Der Mitgliederverlust, den wir gleich nach Ausbruch des Krieges infolge der Einberufungen zum Heeresdienst, der Abwanderung in die Kriegsindustrie und aus verschiedenen anderen Ursachen zu erleiden hatten, ist nunmehr zwar zum Stehen gebracht aber noch lange nicht weggemacht. Eine große Anzahl Unorganisirter, sowohl solche, die in der ersten Verwirrung kleinmütig aus dem Verband ausgetreten sind und noch nicht den Weg zurückgefunden haben, als auch neu zum Beruf gekommene, stehen außerhalb unserer Reihen. Verschieden sind die Ursachen, die unserem ständigen Werben Widerstand entgegenstellen. Aber auch verschieden sind die Erfolge dieser Werbetätigkeit in

den einzelnen Zahlstellen des Verbandes. In manchen Orten geht es erfreulich flott vorwärts und die Mitgliederzahl ist im stetigen Aufstiege begriffen, während es anderwärts trotz vieler Bemühungen der Verbands- und Gauleitung nicht gelingen will, Boden zu gewinnen. Gewiß sind die Vorbedingungen für eine wirkungsvolle Agitationsarbeit nicht überall gleich, aber die Erfahrung langer Jahre hat es uns gelehrt, daß alle in den Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten überwunden werden können, wenn wir imstande sind, die Personenfrage zu lösen. Die Tatsache, daß wir durch die Einberufung tüchtiger Kollegen in leitender Stellung ganze Orte als Zahlstellen verlieren mußten, beweist uns, daß nicht überall der notwendige Nachwuchs vorhanden war und ist, der entstehende Lücken jeberzeit ausfüllen kann. Noch ist einem Teil unserer Mitglieder die selbstverständliche Organisationspflicht, jeberzeit für die Ausbreitung des Verbandes zu wirken, nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Auch fehlt es noch vielen an der Fähigkeit, für den Zusammenhalt der Gesamtheit unter der Kollegenschaft einzutreten. Die Gründe hierfür liegen in den persönlichen Verhältnissen, der Veranlagung des Einzelnen usw. Daß aber der Mangel an geeigneten Personen für die Arbeiten der Organisation so groß ist, daß nicht stets ein Ersatz für zurücktretende oder sonstwie aus ihrer Tätigkeit ausscheidende Funktionäre gefunden werden kann, das ist meist die Schuld dieser Funktionäre selbst. Es wird leider nur zu häufig versäumt, den so sehr notwendigen Nachwuchs heranzuziehen. Wir haben glücklicherweise in der großen Mehrzahl der Zahlstellen, deren Leiter im Verlaufe der Kriegsjahre den Soldatenrock anziehen mußten, opferwillige Kollegen und Kolleginnen genug gefunden, die sofort in die Bresche sprangen und mitunter in der schwierigsten Situation die Geschäfte der Organisation weiterführten. Überall dort, wo wir solche Kräfte haben, die sich jeberzeit für das Wohl der Kollegenschaft einzusetzen bereit sind, geschah dem Verbands kein Abbruch. Dort sind wir auch im Aufschwunge begriffen. Im Gegensatz hierzu stehen jene Orte, wo unsere Funktionäre schon früher nur so mechanisch die Verwaltungsarbeiten erledigten, wo ihre Tätigkeit ohne tieferes Interesse ausgeübt wurde und dadurch auch unter den Mitgliedern nicht jene Begeisterung und jener Eifer erweckt wurde, ohne die wir keine Fortschritte machen können. Hier tut Abhilfe dringend not, in der jetzigen Zeit mehr denn je. Und so ist es auch eine der Kriegsnotwendigkeiten, auf die alle unsere Funktionäre in den Gau- und Ortsvorständen bedacht sein müssen. Die bisherigen Agitationsformen sind ergänzungsbedürftig. Gelegentliche Touren, Versammlungen und Vorträge bringen wohl Augenblickserfolge, die aber wieder verloren gehen, wenn nicht einzelne Personen oder ein, wenn auch nur kleiner Kreis, von Kollegen oder Kolleginnen dabei gewonnen wird, der für den Organisationsgedanken mit Ausdauer eintritt und ihn weiterverbreitet. Es ist das nichts Neues, was wir anstreben, denn von manchen Gauleitern wird schon lange darnach gehandelt und damit sind recht gute Erfolge erzielt

worden. Aber es soll und muß überall alles gesehen, was uns vorwärts bringt. Wir brauchen Kollegen und Kolleginnen, die mitarbeiten an dem gemeinsamen großen Werk, das die Organisation zu vollbringen hat. Die Verbesserung der Lage unserer Kollegenschaft hängt aber einzig und allein von der Kraft und der Ausbreitung des Verbandes ab!

Die Ausichten der Verbraucher nach dem Kriege.

I.

Das die Verbrauchermassen während des Krieges böse unter den Schritten gekommen und in eine drückende Abhängigkeit von den Erzeugern geraten sind, bedarf wohl keiner längeren Ausführungen. Vor dem Kriege wurde bei uns in Deutschland ausschließlich Produzentenpolitik getrieben, um die Konsumenten kümmerte sich weder Regierung noch Parlament, und die Interessen der Produzenten gaben bei allen staatlichen Maßnahmen den Ausschlag. Mit Kriegsausbruch machte sich ein Schub der Verbraucher notwendig, weil die Gefahr vorlag, daß infolge der Absperrung Deutschlands vom Auslande die Verbrauchermassen der notwendigen Lebensmittel entbehrt würden. Durch Befreiung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel und Rohstoffe, durch Begünstigung der Zufuhr vom neutralen Auslande, durch Rationierung der Waren und Festsetzung von Höchstpreisen, durch Beschagnahme der notwendigen Lebensbedürfnisse sowie durch andere Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollte vor allen Dingen der großen Masse das Durchhalten ermöglicht werden. Leider hat die Kriegswirtschaft in wesentlichen Punkten versagt und die Massen leiden Not, während die bemittelten Volksschichten noch immer erträglich leben. Mit dieser traurigen Tatsache muß gerechnet werden, denn es erscheint eine gründliche Besserung der wirtschaftlichen Lage unserer großen Verbrauchermassen ausgeschlossen. Umso mehr dürfte es angebracht sein, einmal die Ausichten der Verbrauchermassen nach dem Kriege zu erörtern und zwar vorwiegend der unteren Bevölkerungsschichten in den Städten und Industriegebieten.

Hierbei muß man unterscheiden zwischen der Zeit nach Beendigung des Krieges bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse, der Uebergangswirtschaft und der späteren normalen Zeit der Friedenswirtschaft.

Wie lange die Uebergangszeit dauern wird, läßt sich natürlich nicht sagen, sie wird aber um so länger dauern, je länger der Krieg währt. Immerhin wird unser arg zerrüttetes Wirtschaftsleben eine längere Zeit gebrauchen, ehe es in die gewohnten Bahnen zurückgeführt ist.

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von A. Knoll,

Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

I.

Ueber Kunst und Volk im Allgemeinen.

Es könnte vielleicht gewagt erscheinen, über das schon so oft behandelte Thema: die Kunst dem Volke! — noch Neues sagen zu wollen. In dieser Forderung ist in Deutschland doch alles einig? Das ist leider noch immer nicht der Fall; das hat sich noch in neuester Zeit erwiesen. Und unter denen, die der Forderung an sich zustimmen, herrschen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie sie zu verwirklichen ist. Aber schon über die Grundforderung bestehen im Volke der „Dichter und Denker“ noch sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Sie ist noch längst nicht Gemeingut aller. Und gerade in den Kreisen, die der Kunst nahesteht, gibt es nicht wenige, die ganz gegenteiliger Ansicht sind; die der Forderung: Die Kunst dem Volke! — die Ansicht entgegensetzen, daß Kunst „Kaviar fürs Volk“ sei,

Zunächst wird unser Lebensmittelmarkt, auf den es für uns hier ankommt, sein bisheriges Aussehen behalten. Trotz der Beendigung der militärischen Feindseligkeiten wird die Zufuhr von Lebensmitteln anfangs nur gering sein. In allen Ländern werden die Lebensmittel knapp sein, außerdem ist der Transport infolge der außerordentlichen Verluste an Schiffen sehr erschwert und verteuert und überdies wird eine geraume Zeit darüber hingehen, ehe es gelingt, die früheren Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Wir werden also unter dem Mangel an Getreide, Fleisch und Fett noch immer zu leiden haben, was noch dadurch verschlimmert wird, daß unser einheimischer Viehbestand unter den Einwirkungen der Kriegszeit arg gelitten hat. Auch ist keineswegs damit zu rechnen, daß wir wesentlich niedrigere Lebensmittelpreise bekommen werden, sie werden sich vielmehr noch längere Zeit hindurch auf der bisherigen Höhe halten. Die Ausichten der Verbraucher in der Uebergangswirtschaft sind also keineswegs rosig und wir tun gut, wenn wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß mit Friedensschluß alles wieder sein werde wie früher.

Selbstverständlich hat der Staat die Pflicht, alles, was in seinen Kräften steht, daran zu setzen, um die Lage der Verbraucher erträglicher zu gestalten. Im Interesse der Erhaltung der Kraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit unseres Volkes ist es dringend geboten, möglichst viele Lebensmittel zu beschaffen und die Lebensmittelpreise auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Ohne eine tatkräftige Eingreifen des Staates in unser Wirtschaftsleben erscheint dies aber ausgeschlossen. Daher müssen die während des Krieges geschaffenen wirtschaftlichen Organisationen bis auf weiteres bestehen bleiben, wobei vorausgesetzt wird, daß sie ohne engherzigen Bürokratismus und kleinlichen Schematismus mit Verständnis, Einsicht und Geschick ans Werk gehen. Ihre Hauptaufgabe wird sein, die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu fördern und ihre Verteilung im Inlande vorzunehmen, um auf diese Weise zu verhindern, daß die Händler Ringe bilden, die die vorhandenen und einzuführenden Vorräte aufkaufen und auf diese Weise die Preise in die Höhe treiben. Nur so ist die Möglichkeit gegeben, die Verbrauchermassen wenigstens einigermaßen mit preiswürdigen Lebensmitteln zu versehen und sie dadurch vor der Verelendung zu bewahren. In diesem Bestreben darf sich der Staat auch durch das Geschrei der Händlerkreise nicht beirren lassen, die schon jetzt eine Befreiung der behördlichen Organisationen und eine Wiederherstellung der kapitalistischen Raubtierfreiheit fordern. Glücklicherweise ist die Uebergangszeit nur eine Uebergangszeit, deren Entschürungen und Schwierigkeiten wir auf uns nehmen in der Hoffnung, daß diese schwere Zeit

b. h. daß das Volk, die breite Masse, für das Verständnis der Kunst und ihrer erhabenen Werke nicht reif sei und niemals reif sein wird.

Es kann selbstverständlich die Tatsache nicht bestritten werden, daß heute noch große, breite Schichten des Volkes den edelsten Werken deutscher Geisteskultur, den reifsten Schöpfungen der Bühnenkunst, verständnislos gegenüberstehen. Aber zu behaupten, daß diese Massen nie etwas von Kunst verstehen lernen werden, das ist doch gewagt und muß solange bestritten werden, als diesen Massen nicht Gelegenheit geboten ist, die Werke der Kunst kennen und genießen zu lernen. Das heißt: nicht einmal, gelegentlich, ein Theaterstück sehen oder ein Musikwerk hören, sondern Gelegenheit zum regelmäßigen und dauernden Genuß. An solchen Gelegenheiten hat es bis heute gefehlt. Nur in einigen wenigen Großstädten sind bescheidene Anfänge gemacht worden; selbst die Volksbühne in Berlin muß, gemessen an dem Maßstab des wirklichen Bedarfs, ein bescheidener Anfang genannt werden. Aber, soweit sich aus diesen Anfängen ein Urteil herleiten läßt, muß doch zugegeben werden, daß Freude an echter Kunst und Kunstbegeisterung nicht an den Besitz eines großen Geldbeutels gebunden sind, sondern daß sie auch in den Kreisen eine Stätte haben, die nicht in der Lage sind, sich die goldbeschlagenen Porten unserer kapitalistischen Kunsttempel er-

schließen zu können. Und wir werden das Ungemach um so leichter tragen, je deutlicher wir eine Besserung der Verhältnisse bemerken und je mehr wir die Ueberzeugung gewinnen, daß der Staat alles tut, um die Verbrauchermassen gegen die Erwerbssügger der Erzeuger und Händler und gegen die Raffgier der zahlungsfähigen Volkstreife zu schützen.

Von besonderem Interesse ist die Erörterung der Frage, wie sich die Lage der Verbraucher in der künftigen Friedenszeit gestalten wird. Wird es möglich sein, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen und zwar zu erträglichen Preisen? Von der Beantwortung dieser Frage hängt unsere Zukunft ab. Besonders spielt hierbei die Preisbildung eine Rolle, denn für die Unterichichten kommt es nicht nur darauf an, daß Lebensmittel vorhanden sind, sondern auch darauf, daß ihr Einkommen ausreicht, um genügend Lebensmittel kaufen zu können. Vor dem Kriege litt die große Masse des Volkes in Deutschland vorwiegend unter einem fortwährenden Anziehen der Preise. Eine Preissteigerung folgte der anderen, und die Massen, die damals allerdings von den jetzigen Kriegspreisen keine Ahnung und Vorstellung hatten, jammerten über die fortwährende Verteuerung ihres Lebensunterhalts. Die Ursachen dieser Preissteigerungen sind vorwiegend darin zu suchen, daß die Nachfrage nach Lebensmitteln im Verhältnis zum Angebot beständig wuchs. Die Bevölkerungszahl stieg in den letzten Jahrzehnten andauernd besonders in den Industriestaaten Europas und Amerikas, aber auch verschiedene ehemalige Bauernländer industrialisierten sich und konnten deshalb nicht mehr so viel überschüssige Lebensmittel abgeben, wie früher. Außerdem wuchsen auch die Ansprüche der Verbraucher in den Jahrzehnten vor dem Kriege zusehends. Nicht nur entwickelte sich in den Oberschichten ein immer größerer Luxus und ein immer stärkerer Hang zum Wohlleben, wodurch die Ansprüche und Bedürfnisse der Wohlhabenden wesentlich stiegen, sondern auch die breiten Unterichichten stellten höhere Anforderungen ans Leben. Sie erstrebten eine bessere Lebenshaltung und forderten ihren Anteil an den wirtschaftlichen und kulturellen Gütern. Da die Gütererzeugung nicht entsprechend zugenommen hatte, ergab sich die fortwährende Preissteigerung als eine volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeit.

Der Arbeiterkontrollleur und seine Funktionen.

I.

In allen Industriestaaten hat die behördliche Gewerbeaufsicht sich mit einer Segnerschaft der Betriebsunternehmer und auch nicht vereinzelt

schließen zu können. Diese Anfänge zeigen uns also, daß Gefühl für echte Kunst sehr wohl auch in den breiten Volksschichten anzureifen ist, und daß die Möglichkeit zu ständigem Kunstgenuß, und sei es auch nur im bescheidenen Viertelwochenzyklus, auch hier das Verständnis für echte und wahre Kunst zu wecken vermag. Und zwar ganz gewiß in mindestens demselben Maße, wie diese Eigenschaften heute in den zahlungsfähigen Kreisen zu finden sind. Es ist doch wohl auch so: Durchaus nicht alle, die heute Zeit und Mittel haben, bei den Erstaufführungen (Premieren) die Theater zu füllen und damit ein äußerliches Interesse für die Kunst an den Tag legen, haben auch wirklich Kunstgefühl und Kunstverständnis. Dasselbe läßt sich sagen von den ständigen Besuchern der teuren Plätze im Theater. Mancher einer von diesen „Theaterhabitués“ liest erst am anderen Morgen in seinem Leitblatt, was er am Abend zuvor gesehen und gehört hat. Und selbst diejenigen, die zur Kunst in einem beruflichen Verhältnis stehen, brauchen doch mitunter recht lange, ehe sie sich über künstlerischen Wert und Inhalt des Dargebotenen klar zu werden vermögen.

Ein geradezu klassisches und zugleich das bekannteste Beispiel dieser Art ist Richard Wagner; aus neuester Zeit könnte man auch Bedekind nennen. Lange Jahre haben diese

mit der fatalistischen Gleichgültigkeit eines bewußtlosen Teiles der Arbeiter abfinden müssen. Und doch bedarf es wohl heute keiner Worte mehr, daß zur Durchführung der gewerblichen Schutzmaßnahmen die wiederholenden Betriebsrevisionen unbedingt erforderlich sind; davon ist man auch in allen Regierungskreisen vollständig überzeugt. Aber die ganze so unzweckmäßige und unwirksame Art, wie sich diese Aufsichtstätigkeit durchsetzte und geltend machte, mußte bei den Arbeitern ein nicht zu unterdrückendes Mißtrauen erzeugen. Von der Entwicklung der Fabrikinspektion in dem industriellen Mutterstaat England gibt Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital“ eine hochinteressante Darstellung. Von geschichtlicher Bedeutung darin ist die Durchführung des „Mines Inspektions-Akts“ von 1860, wonach Bergwerke von öffentlichen Beamten zum Arbeiterschutz revidiert werden sollten. Hierbei wirkte ein Ausschuß von Unterhausmitgliedern mit, worin auch Mineneigner vertreten waren und der im weiteren zu dem Zweck durch persönliche Befragung der Arbeiter Untersuchungen anstellte.

Nach den Mitteilungen eines der Mauthächer von 1866 sind die darauf bezüglichen Fragen der Examinatoren und die Antworten der Arbeiter recht bezeichnend und auch für unsere Zeit noch wertvoll; hier einige Beispiele: Die Arbeiter beklagen sich über die schlechte Ventilation der Kohlengruben usw. Frage: Warum wendet Ihr Euch nicht an den Inspektor? — Antwort: Viele Männer sind sehr furchtsam. Es kam vor, daß ein Bergmann seine Beschäftigung verlor, weil er sich an einen Inspektor gewendet hatte. — Frage: Glauben Sie, daß die Gruben in Ihrer Gegend genügend inspiziert werden? — Antwort: Nein. Sie werden überhaupt nicht inspiziert. . . . Seit 7 Jahren ist der Inspektor gerade einmal in der Grube gewesen. Ein alter Mann von mehr als 70 Jahren soll mehr als 130 Kohlenbergwerke überwachen. Neben mehr Inspektoren brauchen wir Subinspektoren. — Frage: Wenn Ihr von Subinspektoren spricht, meint Ihr Leute mit weniger Gehalt und von niedriger Art? — Antwort: Wir brauchen Leute, die sich in den Minen selbst umtummeln, Leute, die keine Angst für ihre eigene Haut haben usw. — „Ihr wollt“, sagte dann kurz der Präsident der Kommission, „praktische Leute, die sich in den Minen selbst umsehen und an den Inspektor berichten, der dann seine höhere Wissenschaft verwenden kann.“ Hier zeigte sich, daß in klarer Erkenntnis der Dinge der sorgfältigste Teil der Arbeiter sich nicht mit einer scheinbaren oberflächlichen Betriebsrevision zufrieden geben wollte, sondern wirklamer eine solche von praktischen Fachleuten, von Subinspektoren oder Arbeiterkontrollleuten forberte.

Jedes Arbeiterschutzgesetz und jede zur Durch-

führung derselben notwendige Betriebsüberwachung wurde, wie in England so in Deutschland, von den Unternehmern mit dem Argument bekämpft, „daß dadurch die Entwicklung oder der Bestand des Gewerbes oder der Industrie gefährdet würde“. Zur weiteren Unterstützung des arbeiterschutzfeindlichen Widerstandes gegen eine Betriebsrevision wurde dann noch mit Betriebs- oder Fabrikationsgeheimnissen und anderen Einwänden operiert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Unternehmer in Deutschland auch ohne besondere gewerbliche Schutzgesetze oder Unfallverhütungsvorschriften auf Grund der Reichs-Gewerbeordnung (§ 120 a), des Strafgesetzes (§§ 222, 230) und des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 823) verpflichtet sind, ihre Beschäftigten gesundheitlich zu schützen. Es liegt also im eigenen Interesse der Unternehmer, hier schutzfördernd einzugreifen. Dabei bedurfte es doch einer jahrzehntelangen Einwirkung durch die Sozialgesetzgebung und strenger Zwangsmassnahmen, um die Unternehmer und deren Betriebsleiter nur einigermassen zu einem Entgegenkommen zu veranlassen.

Neben der staatlichen Gewerbeaufsicht besteht noch die der ordentlichen Polizeibehörde und der Berufsagenossenschaften. Mit Ausnahme der süddeutschen Bundesstaaten kommt dabei die staatliche Gewerbeaufsicht für das Baugewerbe nur begrenzt für einzelne Berufe, wie Maler, Anstreicher und Steinmehrer, in Betracht. Wie die Zahl der staatlichen Aufsichtsbeamten (Gewerbeinspektoren) in keinem Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Zahl der Betriebe steht, so haben auch bis zurzeit mit geringen Ausnahmen die Berufsagenossenschaften es nicht für nötig gehalten, in einem ausreichenden Maße für eine Betriebsüberwachung einzutreten. Nach dem älteren Unfallversicherungsgesetz von 1884—1885 bis zum 30. Juni 1900 hatten die Berufsagenossenschaften die rechtliche Befugnis, durch technische Beauftragte die Betriebe zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften überwachen zu lassen; jedoch wurde von dieser Befugnis nur ein geringer Gebrauch gemacht. Im Jahre 1900 betrug die Zahl dieser angestellten Beauftragten bei den gewerblichen Berufsagenossenschaften zur Revision von 478 752 Betrieben: 232, und davon entfielen auf das Baugewerbe 45. Von den landwirtschaftlichen Berufsagenossenschaften wäre hierzu überhaupt nicht zu reden, die verzeichneten nur 6 dieser Angestellten. Zu alledem kommt, daß diese Beauftragten noch dem Aufsichtsdienst durch anderweitige Bureauarbeiten entzogen werden. Daraus mußte sich selbstverständlich eine geringe Revisionsstätigkeit mit der Folge einer Zunahme der Unfälle und einer steigenden finanziellen Belastung durch Entschädigungsbeträge ergeben. Aber

sein Vorhaben, die Massen für das Theater zu gewinnen und umgekehrt, das Theater den Massen entgegenzubringen, vergebliches Bemühen sei. Vergeblich deshalb, weil eben die Masse vom Theater nichts versteht. Diesen Widerspruch hat der genannte Verband besonders um deswillen hervorgerufen, weil er nicht etwa ein „Theaterverein“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist und sein will, der sein Ziel darin erblickt, die Masse zu „amüsieren“, sondern weil er eben seine Ziele erheblich weitergesteckt hat. Er hat sich, wie sein Name besagt, kulturelle Aufgaben gestellt. Er will, daß das Theater ein Kulturfaktor im Leben des deutschen Volkes wird. Er will nicht nur den Theaterbesuch fördern, sondern er will zu gleicher Zeit erzieherisch und veredelnd auf den Theaterbesuch und die Theaterbesucher einwirken, ebenso aber auch auf das Theater selbst. Das letztere in dem Sinne, daß es sich aus seinem jetzigen Zustande als Geschäftstheater erhebt und zu einem Kulturtheater wird. Das soll dadurch erreicht werden, daß Theaterleiter und darstellende Künstler und sonst alles, was wirtschaftlich mit dem Theater zusammenhängt, in sozialer Hinsicht gehoben werden.

(Fortsetzung folgt.)

die Dinge mußten noch einen anderen Charakter annehmen. Um das Manko von technischen Beauftragten und Betriebsaufsicht auszugleichen oder zu ersetzen, behielten sich vielfach die Berufsagenossenschaften mit ihren „Vertrauensmännern“, oder deutlicher mit den versicherungspflichtigen Unternehmern selbst; das heißt, der „vertrauliche Unternehmer“ revidierte in seinem Bezirk die Betriebe seiner Freunde und die seiner Konkurrenten. — In dem abgeänderten Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 wurden dann die Berufsagenossenschaften verpflichtet, „für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen und waren befugt, zu deren Befolgung durch technische Aufsichtsbeamte die Betriebe überwachen zu lassen“. Damit waren die Vertrauensmänner ausgeschaltet. Diese geringe Reform konnte nicht dazu angetan sein, eine großzügige Verbesserung der Überwachungsstätigkeit herbeizuführen. Die Berufsagenossenschaften suchten natürlich diese Fragen in eine für sie mehr günstige Beleuchtung zu rücken. Und dazu mußten die Jahresberichte gehalten, worin dann viel über das Unfallverschulden der Arbeiter geschrieben wurde. Damit konnte unmöglich das Mißtrauen in den Kreisen der Versicherten zurückgedrängt werden.

Frauenpflicht — Frauenrecht.

Während der vier Kriegsjahre haben die Frauen und Mädchen ihre Anpassungsfähigkeit an bestehende Verhältnisse gezeigt. Die Läden, die durch die Einziehung der Männer zum Heeresdienst in allen Industrien, Handwerken und Berufen gerufen wurden, waren bald durch weibliche Arbeitskräfte gefüllt. Um Millionen ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Stadt und Land gestiegen und dazu kommt noch die große Zahl jener Frauen, die für eigene Rechnung die Geschäfte ihrer Männer fortführten oder die als Frauen von Landwirten, zumeist mit weiblichen Hilfskräften, weiter das Land bebauten und die Ernte bargen. Die Einarbeitung in ungewohnte Arbeiten wird sicher wohl allen schwer geworden sein, und doch sie haben es geschafft. Das Wirtschaftsleben Deutschlands hätte seit Jahren ohne die Angehörigen des weiblichen Geschlechts nicht aufrecht erhalten werden können. Sämtliche Zivil- und Militärbehörden haben ihre Büros mit Frauen besetzt und auch im Handel, Verkehr und Transportwesen haben die Frauen ihre Unstelligkeit und Anpassungsfähigkeit gezeigt und ihren Platz erobert.

Doch nicht nur nach außen, auch im innern häuslichen Leben haben die Frauen erstaunliches geleistet. Die Führung des Hausstandes, die Anschaffung alles dessen, was zur Lebensnotwendigkeit gehört, ist heute zur Kunstleistung ersten Ranges geworden. Früher, ja früher da war das Haushalten bequemer; da brauchte man nur einkaufen gehen und alle Nahrungsmittel standen einem zur Verfügung, wenn man den Geldbeutel danach hatte. Heute muß das Geld allein nichts, wenn man nicht genügend Lebensmittelarten sein eigen nennt, so leidet man eben Not; wenn man nicht auf Umwegen für vieles Geld Lebensmittel erwerben kann. Waren die Preise eiskalter Nahrungsmittel auch früher hoch für Arbeitereinkommen, so standen sie doch in keinem Verhältnis zu den heutigen Phantastie- und Wunderpreisen. Heute müssen die Frauen oder deren Kinder stundenlang herumlaufen und vor den Läden, in denen noch mal Waren im Freihandel zu haben sind, anstehen. Die ewigen Lebensmittelorgen zermürben die Frau und Mutter frühzeitig und dazu kommen noch die Sorgen um den Mann, den Sohn oder Bruder, der draußen an der Front kämpft, und auf wieviel Familien Glück sind nicht Trauerschatten gefallen und wieviel Tränen werden um liebe Angehörige geweint. Das Leben aber verlangt gebieterisch ein Vorwärts, es gewährt der Frauenwelt keine Zeit zum Trauern, die vielen persönlichen Verpflichtungen gegen die Kinder sowie das Interesse für die Gesundheit treibt die Frau zur Pflichterfüllung und so geht das ganze wirtschaftliche Gebiehe seinen Gang. Manchmal scheint die Arbeitsleistung der Frauen einem als zuviel für den Frauenorganismus. Sehr oft wurden ja auch schon Lieder auf das Selbstmord der Frauen gesungen, und öffentliche Belobigungen

wurden den Frauen des öfteren zuteil, so erst kürzlich, als der Kaiser zu dem Arbeitspersonal der Firma Krupp in Essen sprach. Die Arbeiterinnen wurden besonders genannt und ihnen für ihre Pflichtleistung Dank gesendet.

Was geschieht nun, wenn die politischen Konsequenzen dieser Dankeschuld gezogen werden, wenn die viel besprochene Neuorientierung oder Neugestaltung in Deutschland vor sich geht?

Wird man da endlich die Frau staatsbürgerlich mit dem Manne gleichstellen, oder vergibt man bis dahin die vielgepriesenen Heldentaten der Frau? Wir verlangen die Verleihung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung als vollwertige Menschen und als Gegenleistung für unsere Arbeitsleistung; wir erwarten, daß endlich die Gesetzgebung und die bevorzugten herrschenden Klassen sich zu dem Eingeständnis bequemen, daß, wenn die Allgemeinheit der Gesellschaft uns Frauen Pflichten auferlegt, sie uns auch Rechte geben muß. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung kann nicht mit irgendeinem moralischen Recht länger vorenthalten werden. Wir Frauen rufen daher laut und vernehmlich: Her mit dem Frauenwahlrecht in Staat und Gemeinde!

Ausflucht.

Mehr fleischlose Wochen? Die ersten beiden fleischlosen Wochen haben wir glücklich hinter uns. Es sind uns aber noch zwei weitere bis zum 1. November in Aussicht gestellt. Schon taucht da oder dort der Gedanke auf, diese fleischlosen Wochen müßten im nächsten Winter wiederholt werden. Einige Kreise wünschen sogar, daß die fleischlosen Wochen eine dauernde Einrichtung werden, so daß wir also jährlich mit 16 fleischlosen Wochen beglückt werden sollen. Was wir in diesen fleischlosen Wochen genießen sollen, darüber machen sich diese Kreise vielleicht weniger Kopfschmerzen. Der Vorschlag geht ja aus von der Landwirtschaft, die von den fleischlosen Wochen am allerwenigsten verspürt. Daß die Bewohner der Großstädte, besonders die schwerarbeitende Bevölkerung, dauernd nicht mit drei Pfund Kartoffeln oder einem halben Pfund Wehl als Ersatz auskommen kann, braucht nicht besonders betont zu werden, denn von trockenen Kartoffeln oder etwas Wehl kann man kaum seine Gesundheit, viel weniger seine Arbeitskraft aufrecht erhalten. Der Kriegsausbruch für Konjunkturinteressen hat nicht Unrecht, wenn er demgegenüber sich auf den Standpunkt stellt, daß die Konjunktur mit einigen fleischlosen Wochen sich abgefunden haben, weil sie die Notwendigkeit einsahen, unseren Viehstapel etwas aufzufressen. Man kann jedoch nicht einsehen, daß die fleischlosen Wochen wiederholt oder gar eine dauernde Einrichtung werden sollen, lediglich um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, mehr Vieh in den Schleichhandel zu bringen. In Bayern gab ja, wie der „Bayer. Kurier“ in Nr. 221 berichtet, eine bayerische amtliche Stelle bekannt, daß 400 000 Rinder im letzten Vierteljahr schwarz geschlachtet worden sind. Das Blatt fragt: „Wie viele Schweine mögen im gleichen Zeitraum um die Ecke gegangen sein, wie viele taufende Zentner Schmalz, wie viele Millionen Eier?“ Durch dieses gemeinschädliche Treiben würde sehr bald unsere ganze Lebensmittelversorgung über den Haufen geworfen werden. Natürlich schimpft das Blatt weiblich auf die „zahlungskraftigen Kriegsgewinnler und sonstigen Leute, die sich vom Nichtstun in den Sommerfrischen und Kurorten „erholen“ müssen“. Das ist richtig. Aber an diesem gemeinschädlichen Treiben haben nicht nur die Kriegsgewinnler, sondern auch die Landwirte Schuld. Wenn sie die 400 000 Rinder nicht zum Schwarzschlachten hergegeben hätten, hätten die Kriegsgewinnler sicherlich kein Fleisch ohne Fleischkarte in den Restaurants bekommen. Wenn jetzt weitere fleischlose Wochen eingeführt werden sollen, dann würde lediglich damit erreicht, daß die Schwarzschlachtungen noch mehr zunehmen. Die minderbemittelte und schwerarbeitende Bevölkerung müßte also noch mehr entbehren, um den Kriegsgewinnlern die Möglichkeit zu geben, noch besser leben zu können. Wir fordern daher, daß die fleischlosen Wochen nur dann wiederholt werden dürfen, wenn eine unabwendbare Notwendigkeit dafür vorliegt, d. h. wenn nachgewiesen wird, daß trotz restloser Erfassung des Viehes unser Viehstapel noch weiter erheblich abnimmt. Solange aber noch Vieh schwarz geschlachtet werden kann, solange noch Fleisch im Ueberfluß im Schleichhandel zu haben ist, solange man in Kurorten, in Pensionaten, in Restaurationen noch ohne Karten Fleisch

haben kann, solange darf man der Bevölkerung nicht zumuten, fleischlose Wochen auf sich zu nehmen.

Billiges Schuhwerk für Zeilenaussträger. Der „Korr.“ teilt mit, daß die Einkaufsgesellschaft Sächsischer Zeitungsverleger sich an die zuständigen Reichsstellen wegen Ueberlassung von Schuhwerk für die Austräger und Landfillalen von Tageszeitungen gewandt hat, da der bestehende Mangel die richtige und pünktliche Zustellung an die Leser in Frage stellen kann. Diese Maßnahme hat auch Erfolg gehabt. Die Reichsstellen haben sich bereit erklärt, Schuhwerk zur Verfügung zu stellen und die Einkaufsgesellschaft Sächsischer Zeitungsverleger mit der Verteilung betraut. Der Preis stellt sich für die Lederschuhe mit Holzsohle auf 22 bis 25 Mark für das Paar. Eine große Anzahl von Zeitungen will die Kosten für das Schuhwerk zur Hälfte übernehmen, so daß den Austrägern nicht übermäßige Kosten erwachsen.

Beitragszahlung und Organisationsbetätigung der Reklamierten. Aus einigen Orten wird mitgeteilt, daß reklamierte Kollegen Bedenken tragen, ihre Verbandsbeiträge während ihrer Reklamationszeit zu bezahlen und sich in der Organisation und für die Organisation zu betätigen. Diese Bedenken sind unbegründet. Ein Reklamierter ist an der Betätigung für die Organisation und an der Beitragszahlung nicht behindert, weil er, so lange er reklamiert ist, aus dem Militärdienst ausgeschieden ist. Hierüber sagt ein Erlaß des preussischen Kriegsministeriums das folgende:

„Der für die Kriegsindustrie Reklamierter wird grundsätzlich entlassen; damit scheidet er während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht aus und unterliegt den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst.“

Allethings sind von den Reklamierten bei Verfolgung ihrer Interessen bestimmte Regeln zu beachten. Darüber sagt der Erlaß des Kriegsministeriums das folgende:

„Es ist demnach nicht angängig, aus einem Arbeitswechsel seitens des Reklamierten oder aus einer anderen Streitigkeit über das Arbeitsverhältnis die Veranlassung zur Einziehung zum Wehrdienst zu finden.“

Solche Streitigkeiten müssen beim Reklamierten ebenso wie bei jedem anderen Arbeiter auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens beseitigt werden. Der Reklamierter erhält also seinen Arbeitsvertrag, sucht sich schleunigst neue Arbeit in seinem Fach oder wird durch den Schlichtungsausschuß einem Betriebe überwiesen.

Entzieht er sich nach dem Anteil dieses Ausschusses böswillig der Arbeit, für die er zurückgestellt ist, so entfällt selbstverständlich die Ursache für seine Reklamation; er wird wieder zum Dienst in der bewaffneten Macht eingezogen. — Der Arbeitgeber hat darauf keinen Einfluß.

Im übrigen darf selbstverständlich die Einziehung zum Wehrdienst lediglich aus militärischen Gründen erfolgen.

Die militärische An- und Abmeldung des Reklamierten beim Arbeitswechsel ist den militärischen Bestimmungen entsprechend notwendig, damit die Kontrolle über den Aufenthalt der Wehrpflichtigen nicht verloren geht.

Wiso an der Beitragszahlung und der fleißigen Arbeit für die Organisation hindert den Reklamierten niemand und es können ihm daraus auch keine Nachteile erwachsen.

Das Wachstum der deutschen Gewerkschaften. Am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1918 zählten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände mit Ausnahme der Eisenbahner und Chorfänger 1 369 799 Mitglieder, darunter 362 617 weibliche. Am Schlusse des ersten Vierteljahres war die Gesamtmitgliedszahl 1 336 519 gewesen. Die Zunahme im zweiten Vierteljahr 1918 beträgt also 33 280, die Gesamtzunahme im ersten Halbjahr 1918 beläuft sich auf 105 085. Die Verbände der Bergarbeiter, Bureauangestellten und Sattler haben den Mitgliederbestand vor dem Kriege bereits gegenwärtig überschritten. Die Arbeitslosigkeit betrug 0,8 Prozent bei den männlichen und 2,4 Prozent bei den weiblichen Mitgliedern. Die Gesamtanzahl für Unterstützungen seit Kriegsbeginn hat 73 Millionen Mark überschritten.

Der Verband der Lithographen, Steinbrücker und verw. Berufe im Jahre 1917. Wie alle Verbände der kunstgewerblichen Berufe, hat auch der Lithographenverband im abgelaufenen Jahre an dem allgemeinen Mitgliederaufschwung nicht teilnehmen können. Er hat im Gegenteil einen Verlust von 397 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotzdem

kann von einem Rückgang des Verbandes keine Rede sein, denn über einhalb mal soviel Mitglieder wurden in diesem Jahre zum Kriegsdienst eingezogen, wozu noch die in die Kriegsindustrie abgewanderten und die 117 verstorbenen Mitglieder zu rechnen sind. Die aus dem Felde Zurückkehrenden finden fast stets den Weg zur Organisation zurück. Am Schlusse des Berichtsjahres hatte der Verband 5135 Gehilfen- und 924 Beihilfsmittglieder. Die Abwanderung erfolgt hauptsächlich wegen der niedrigen Lohn- und der unsicheren Berufsverhältnisse. Betrag doch die Steigerung des Lohnes am Jahres-schluß, einschließlich der Teuerungszulagen, nur 30 bis 50 v. H. des Friedenslohnes, trotzdem der Verband mit seinen Funktionen fortgesetzt bemüht war, einen Ausgleich zwischen der enorm verteuerten Lebenshaltung und den niedrigen Löhnen herbeizuführen. An der erzielten Lohnsteigerung hatten insgesamt 5667 Mitglieder Anteil, die 24 188 Mark pro Woche erhielten. Insgesamt sind im abgelaufenen Jahre 174 Bewegungen ohne Arbeits-einstellung in 114 Orten und 857 Betrieben mit 5667 beteiligten Gehilfen registriert worden. Streiks haben nicht stattgefunden. Verhandlungen fanden statt: 54 zwischen Gehilfen und Unternehmern, 111 zwischen Vertretern der Gehilfen und der Unternehmer, 2 vor dem Einigungsamt, 3 unter Teilnahme von dritten Personen oder Beiräten und 4 unter Mitwirkung der Kriegsamter. — Die Arbeitslosigkeit war gering; insgesamt hatten sich 1089 Mitglieder arbeitslos gemeldet, die 6712 Wochen arbeitslos waren. Dagegen stieg die Zahl der Kranken trotz vermindertem Mitgliederzahl infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse ganz außerordentlich. Neue Erkrankungen entstanden im vergangenen Jahre 1423. Die Zahl der Kranken stieg von 1394 mit 1734 Krankenwochen auf 1922 mit 9604 Wochen. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes im Jahre 1917 betrugen 313 906 M. (gegen 349 687 M. im Jahre 1916) und die Gesamtausgaben 297 071 M. (gegen 242 223 M. im Jahre 1916). Das bedeutet gegen das Vorjahr, als natürliche Folge des Mitgliederrückganges, eine geringere Einnahme, aber wesentlich erhöhte Ausgaben. Der Ueberschuß im Jahre 1917 betrug nur 16 835 M. gegen 107 464 M. im Jahre 1916. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres 415 209 M. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Rechtschutz 635 M., Umzugskosten 236 M., Reiseunterstützung 1480 M., Arbeitslosenunterstützung 12 703 M., Krankenerhaltung 64 131 M. (gegen 34 823 M. im Jahre 1916), Invalidenunterstützung 28 346 M., Witwenunterstützung 20 913 M. und für Sterbegelder 7012 M. — An dem vorjährigen Bestand der Tarifverträge hat sich nichts geändert. Es bestehen insgesamt 43 Tarifverträge in 337 Betrieben mit 1582 Beschäftigten, wovon 1381 Mitglieder des Verbandes sind. Diese Tarife wurden bisher ohne Schwierigkeiten verlängert. Sechs Betriebe mit 53 Gehilfen schieben aus der Tarifgemeinschaft aus, weil sie infolge des Krieges geschlossen wurden.

So hat also unser Bruderverband auch in dem vergangenen schweren Kriegsjahr seine Aufgaben den Mitgliedern gegenüber in weitestgehendem Maße erfüllt. Mit Recht sagt deshalb der Bericht am Schluß in bezug auf die gegenwärtigen Ernährungs-schwierigkeiten und dem hiermit im Zusammenhange stehenden drohenden körperlichen und seelischen Zusammenbruch: „Ohne den Verband wäre dieser Zusammenbruch für die Mehrzahl der Gehilfen längst erfolgt. Was wir daher für die Stärkung des Verbandes tun, das tun wir in letzter Linie für uns selbst.“

Eingegangene Druckschriften.

Krieger-Pflichten und Familienversorgung. Führer für Kriegs-Invaliden, Krieger-Witwen und -Waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen, von Arbeitersekretär Gustav Krüger, Magdeburg. Preis 75 Pfg. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Adressenveränderungen.

Neudruck a. H. Vorsitzender und Kassierer: L. Ernst, Mittelstraße 46.

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 19. Oktober 1918. — Redaktions-schluß am 14. Oktober 1918.